

Ein Vorschlag zur Besserung unserer Valuta.

Von Professor Dr. Roland v. Szegedius.

Mitglied des ungarischen Abgeordnetenhauses.
Budapest, 19. August.

Der Vorschlag, dessen Fürsprecher ich aus dem Grunde bin, damit die besorgniserregende Banknotenslut verringert und demnach die Kaufkraft des Geldes erhöht werde, ist nicht neu; ich selbst und auch andere haben ihn bereits erwähnt, neu ist darin nur der Umstand, daß jedermann, namentlich die Regierungen, ihn für verspätet halten, während ich meinerseits glaube, daß er gegenwärtig am akutesten geworden ist. Es handelt sich jedenfalls um Maßnahmen, welche mehrere hundert Millionen Kronen Papiergeld aus dem Verkehr ziehen würden. Es ist aber auch davon die Rede, daß nach meiner besten Ueberzeugung, solange diese Geldabzapsung nicht eintritt, an eine weitergehende Sanierung der Geldanschwellung — von der ich bei einer anderen Gelegenheit sprechen will — nicht heranzutreten werden kann. Gewiß ist es, daß, wenn wir um eine Milliarde, fast um ein Zwanzigstel des gegenwärtigen Banknotenverkehrs, die im Umlauf befindliche Banknotensumme zu verringern imstande wären, in der zweifellos aufgedunsenen Wirtschaftsorganisation eine größere Erleichterung eintreten und daß wir wenigstens zum Anfang des Anfanges der Besserung gelangen würden.

Zur Begründung meines Vorschlages muß ich auf die im Dezember vorigen Jahres abgeführte Debatte des Heeresausschusses der ungarischen Delegation zurückgehen. Der Heeresausschuß ersuchte die Vertreter des Armeeoberkommandos um Aufklärungen darüber, was bezüglich der Valutaregulierungen in den okkupierten Ländern Polen, Serbien, Montenegro, Albanien sowie in den besetzten Teilen der Lombardei geschehen sei. Als Wirkung der Aufklärungen — der Heeresausschuß gab dieser Impression auch lauten Ausdruck — kristallisierten sich verschiedene positive Auffassungen heraus. Die eine Auffassung, die ich in meinen damaligen Ausführungen vertrat, hat seither in dem rumänischen Frieden unerwartete Bestätigung gefunden. Meine Anschauung ging dahin, daß der Eroberer einen großen Fehler macht, wenn er seine eigene Valuta in das eroberte Land trägt. Denn im Augenblick des Friedensschlusses werden seine sämtlichen exportierten Banknoten in die Heimat zurückströmen, und demnach wird die Folge der Kriegsteuerung eine noch ärgere Friedensteuerung werden. Ich nahm diesen Standpunkt auch deshalb ein, weil dadurch, daß wir diese Maßnahme nicht befolgt hatten, zum Teile die Entwertung unserer Valuta und jene unjagbare Schwankung in dem Werte unseres Geldes eintrat, welche den vorwärtsdringenden und zurückweichenden Kriegooperationen jeweilig folgte, in Zusammenhang mit der Verkleinerung oder Vergrößerung des Gebietes des Notenverkehrs.

Diese Ansicht wurde im Ausschusse nicht von jedermann geteilt, aber, wie oben erwähnt, hat indes der Friede mit Rumänien im Sinne dieser Ansicht entschieden und dagegen gibt es jetzt keine Appellation. Der zweite Punkt des zweiten Artikels des sogenannten rechtspolitischen Zusatzvertrages des mit Rumänien geschlossenen Friedensvertrages stellt nämlich das Folgende fest:

Die Okkupationsverwaltung hat während der Besetzung der rumänischen Gebiete die Banca Generala Romana mit dem Notenemissionsrecht bekleidet und die Okkupationskosten dertat gedeckt, daß sie Okkupationslei im Werte von einer Milliarde emittierte. Die Bedeckung der neuen Leihgeschäfte in der Weise, daß in Berlin eine entsprechende Menge Mark und Kronen als Gegenwert hinterlegt wurde. Nunmehr nach dem Friedensschlusse übernimmt Rumänien die Verantwortung dafür, daß es die Okkupationslei einlöst; die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Zwecke der Emittierung der Okkupationslei gebundenen Mark und Kronen werden also frei und innerhalb sechs Monaten wird die rumänische Nationalbank die durch unsere Regierung emittierten Lei gegen ihre eigenen Banknoten umtauschen. So verfügt der rumänische Vertrag. Zahlenmäßig hat die Monarchie von dieser Milliarde 480 Millionen, Deutschland 520 Millionen Lei in Anspruch genommen und nunmehr erhalten beide ihre eigenen deponierten Noten wieder zurück. Innerhalb sechs Monaten nach Abschluß des Vertrages mit Rumänien werden wir also fast eine halbe Milliarde Kronen Banknoten los, die unsere Regierungen zum Zwecke der Vernichtung an die Oesterreichisch-ungarische Bank befördern können. Der rumänische Vertrag befreite uns von dieser großen Banknotensumme, und auf diesem Wege, aber nur auf diesem Wege, dürfen wir hoffen, daß wir auch die in den übrigen okkupierten Ländern im Verkehr befindlichen Kronenbanknoten los werden und nicht der Gefahr ausgesetzt sind, daß uns im Falle des Friedensschlusses diese ungeheuren Mengen überschweben, die Menge unseres Geldes noch mehr verwässern und dessen Kaufkraft katastrophal verderben.

Hieraus folgt unerbittlich, daß die Regierung nicht weiter zaudern darf und daß vor allem in Serbien ein Dinaremissionsinstitut geschaffen werden muß. Dies war unsere Forderung im Jahre 1915 unmittelbar nach der serbischen Okkupation, darauf bezog sich mein Antrag im Dezember 1917 in der ungarischen Delegation und dasselbe wiederhole ich nun jetzt, weil ich denjenigen nicht glauben kann, die da sagen, daß wir uns verspätet hätten. Der Friede ist entweder weit entfernt, und dann kann doch sicherlich von einer Verspätung nicht die Rede sein. Oder aber der Friede ist nahe, dann muß man, wie der rumänische Vertrag zeigt, noch dringlicher das Notenemissionsinstitut schaffen, damit der Friedensschluß den serbischen Geldverkehr bereits in demjenigen Zustande finde, in welchem der rumänische Friede den rumänischen Geldverkehr gefunden hat, das heißt, daß in Serbien wieder der Dinar und nicht die Krone im Verkehr sei. Meiner Ansicht nach kann kein Grund mehr für ein Zaudern vorhanden sein. Das Beispiel ist gegeben. In Serbien ist dringend ein Notenemissionsinstitut aufzustellen, welches Okkupationsdinare ausgibt. Es würde Okkupationsdinare im Betrage jener Kronenbeträge ausgeben, die wir zu

Zwecken der serbischen Okkupation, zur Beschaffung von Vertrieben und zu Requisitionen verwendet haben oder in Zukunft verwenden werden. Ich gehe noch weiter, dieses Institut müßte für Montenegro eine Verwertheilung errichten, mittels der wir Verwertheilung ausgeben und Kronen einziehen könnten. Hierdurch würde in Serbien und Montenegro die Krone aus dem Verkehr gezogen werden. Nach meiner Berechnung würden die Linze und Verwertheilung etwa 400 Millionen Kronen ergeben.

Diese 400 bis 500 Millionen Banknoten blieben gebunden — würden also den Verkehr nicht schwellen — bis der Friede zustande kommt, und es wäre zu hoffen, daß sie im Falle eines glücklichen Friedensschlusses ebenso vernichtet werden könnten, wie dies mit den rumänischen Okkupationslei im Sinne des Vertrages geschehen ist. Da wir gerade vor der Ernte stehen, ist eine Verfügung äußerst dringend und unaufschiebbar. Die Lage wird noch dadurch erleichtert, daß unsere Heeresleitung — wenn auch spät — in den besetzten Teilen von Venetien das gleiche System befolgt. Erst jüngst hat das Kriegspressequartier mitgeteilt, daß gegenwärtig in Udine die Cassa Veneta dei Prestiti (Darlehenskasse) geschaffen worden ist, welche Okkupationslei emittiert. Die Deckung dieser Lei bilden die bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank hinterlegten Kronen und die bei der Deutschen Reichsbank deponierten Mark. Laut dieser Nachricht hat die Cassa Veneta dei Prestiti am 20. Mai (genau spät!) ihre valutarische Tätigkeit begonnen.

Ich halte es für notwendig, daß wir die gleiche Methode in den von der Monarchie besetzten Teilen Polens befolgen, wenn ich mir auch dessen bewußt bin, daß die gegenwärtigen Lage für eine Lösung der polnischen Valutaforderung nicht gerade geeignet sind. Trotz alledem kann ich feststellen, daß man, wenn die polnische Frage nicht rasch gelöst werden könnte, auch dort nichts anderes wird tun können, als daß auch die Monarchie dort eine Kriegsdarlehenskasse aufstellt, wie dies die Deutschen in Warschau unter Ausgabe polnischer Mark und Einziehung und Bindung von Kronenbeträgen bereits getan haben. Wie wichtig es ist, die okkupierten Länder mit der eigenen Valuta zu versehen, muß nach den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit nicht weiter erörtert werden. Ich glaube, daß der Standpunkt derjenigen vollkommen hinreichend wurde, die aus theoretischen oder aus politischen Gründen bisher der entgegengesetzten Ueberzeugung waren. Es ist ja auch theoretisch undenkbar, daß ein Land, also auch ein okkupiertes Gebiet, ein wirtschaftliches Leben entfalten, ohne für den zentralen Motor, für die Valuta zu sorgen. Jeder Fabrikindustrielle weiß, daß man eine Fabrik, ohne ein Kesselhaus, ohne eine elektrische Anlage nicht einzurichten vermag. Wie wäre also die Volkswirtschaft eines Landes denkbar, ohne auf diese Grundlage gestellt zu werden. Es ist nicht möglich, mit fremden Kräften eine andere volkswirtschaftliche Maschine zu ziehen, denn es kann — um bei dem technischen Vergleich zu bleiben — im Falle der Unterbrechung des Stromes eine wirtschaftliche Katastrophe eintreten. Aus alledem folgt, daß das Vorgehen der deutschen Regierung bezüglich der Regulierung der Valuta der okkupierten Provinzen das richtige war.

Der rumänische Vertrag bestätigt dies unleugbar. Ich muß noch hinzufügen, daß der interessante Versuch, der gegenwärtig mit der in der Ukraine aufzustellenden Notenbank geschieht, um die Karbowanek-Valuta zu organisieren, nach der gleichen Richtung hin weist. Meiner Meinung nach ist keinerlei Grund zum Zaudern, und für jede weitere Verzögerung hätte die Regierung schwere Verantwortung zu tragen.

Der Leser dürfte nach alledem zur Ueberzeugung gelangt sein, daß, wenn die Monarchie die besetzten Länder mit deren eigener Valuta versehen würde, dies, Serbien, Montenegro, Venetien und Polen inbegriffen, die Einziehung, Bindung und alsbald die Vernichtung von nahezu einer Milliarde Kronen bedeuten würde. Nehmen wir noch die in Rumänien frei werdende halbe Milliarde hinzu, so hat damit tatsächlich eine gründlichere Abzapsung der Geldplethora begonnen. Ehe wir diese exterritorialen Verkehrsgebiete des Geldes nicht regulieren, machen wir uns vergeblich an eine Ableitung der inneren Anschwellung. Denn diese Kommunikationsgefäße stehen miteinander in engem Zusammenhang. Ich weiß sehr gut, daß dies nicht die Lösung des außerordentlichen Valutaproblems bedeutet, sondern bloß, wie ich oben angedeutet habe, den Anfang des Anfanges.

Vielleicht werde ich noch Gelegenheit haben, auf andere technische Maßnahmen zu verweisen, welche meiner Ansicht nach gleichfalls die Banknotenslut stark verringern und in vieler Hinsicht verhindern würden, daß unser Geld immer mehr jenem See gleiche, in den man zu viel Wasser gegossen hat, so daß schließlich nur ein bitterer Saft übrig bleibt. So viel aber möchte ich bereits jetzt sagen, daß auf das entscheidendste jenen neuesten Schlagworten entgegenzutreten werden muß, wonach der innere Geldverbrauch eines Landes den Wert des Geldes nicht verdirbt, weil das emittierte Geld ohnehin im Lande bleibt. Bei dieser sehr unrichtigen Theorie kommt mir die grausamste Satire der Welt in den Sinn, die das große bittere englische Genie Jonathan Swift drei Jahre vor seiner Internierung im Irrenhause veröffentlicht hat. In dieser geistreichen Satire, die den Titel führt „Ein bescheidener Vorschlag zur Rußbarmachung armer Kinder“ (1729), schreibt Swift darüber, daß in Irland alljährlich mehrere hunderttausend Kinder zugrundegehen und er empfiehlt ein ausgezeichnetes Mittel, um sie zu retten. Er macht den Vorschlag, daß die reichen Engländer jährlich hunderttausend arme Kinder kaufen mögen, um sie zu braten und zu verspeisen. Er erklärt mit furchtbarem Hohn, daß die Reichen auf diese Weise den Armen noch helfen würden, endlich aber meint er, daß das Verspeisen der Kinder und die Konsumierung der irischen Bevölkerung auch noch einen großen volkswirtschaftlichen Nutzen hätte, denn: And all the money circulate among ourselves, the goods being entirely of our growth and manufactur. (All das Geld würde bei uns selbst zirkulieren, denn die Güter entspringen unserer Frucht und Produktion.) Diese Satire Swifts fällt mir ein, wenn wir unsere volkswirtschaftlichen Güter vernichten, zu Geld machen und dann der Meinung sind, daß unsere Volkswirtschaft, da das Geld im Lande bleibt, so gesund sei wie

früher, ja daß wir uns sogar selbst glauben machen wollen, daß wir ohne schwere Arbeit und große Kraftanstrengung eine Besserung unseres Geldwertes erzielen können.